Nr. 6. 20. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich M. 1,20, vierteljährlich M. 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Dienstag, den 9. Januar 1906.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 72, Eimsbüttel. Hohelukt, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen.

Hierzu eine Beilage.

Das „offizielle“ Deutschland.

Wenn von der bedenklichen Isolierung Deutschlands unter den übrigen Großmächten gesprochen wird, so hat unsere zünftige Diplomatie dafür nur ein überlegen sein sollendes Lächeln, das ihre Verlegenheit verbergen soll. Man mag aber die gegenwärtige Situation betrachten wie man will, immer tritt wieder die Tatsache hervor, daß das Deutsche Reich — wir sprechen von dem offiziellen Deutschland und nicht von dem deutschen Volke — vereinzelt dasteht und sich auf keine befreundete Macht verlassen kann. Das Zarentum war immer nur ein falscher Freund und der Dreibund ist längst aus dem Leim gegangen; das Bündnis mit Oesterreich ist ohne alle praktische Bedeutung, weil die habsburgische Monarchie vor dem Zerfall steht und ihr Konflikt mit Ungarn zu einer Katastrophe führen muß. Und dabei geben sich große Teile unserer herrschenden Klassen, namentlich die „Alldeutschen“, alle Mühe, mit ihrer Welt- und Flottenpolitik, den Riß zwischen England und dem Deutschen Reich zu erweitern und zu vertiefen. Die daraus hervorgehende Stimmung zeigt sich in der chauvinistischen Presse beider Länder. Von den Regierungen werden dabei die äußeren Formen der Höflichkeit innegehalten, aber das Deutsche Reich wird von allen Mächten, wie man leicht bemerken kann, mit Mißtrauen betrachtet. Unter solchen Umständen ist es von ganz besonderer Bedeutung, wenn englische Politiker und Staatsmänner aussprechen, was man in den leitenden Kreisen Englands von der Politik des Deutschen Reiches denkt. Das haben dieser Tage Thomas Barclay, der Führer der englischen Friedensbewegung, und Charles Dilke, der bekannte liberale Exminister, getan. Sie haben unendlich mehr dazu beigetragen, die Besorgnisse vor einem künftigen Kriege zu vermindern, als das der Reichskanzler von Bülow mit den feierlichsten Friedensversicherungen jemals vermag. Beide haben auf das Entschiedenste ausgesprochen, daß bei einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland sich England an Frankreich anschließen werde. Daraus geht hervor, daß bei einem Kriege zwischen England und Deutschland auch Frankreich zu Gunsten Englands eingreifen wird. Man darf wohl annehmen, daß Barclay und Dilke gute Informationen besitzen; sonst könnten sie nicht so bestimmt und entschieden gesprochen haben, und man geht wohl nicht fehl, wenn man daraus den weiteren Schluß zieht, daß die „Annäherung“ zwischen England und Frankreich etwas mehr ist, als bloße Freundschaft, daß zwischen beiden Mächten vielmehr ein Schutz- und Trutzbündnis besteht.

Dazu kommt, daß auch Italien in der neuesten Zeit wieder mehr zu Frankreich neigt, was in der Vergangenheit beider Länder begründet ist, die der Stifter des Dreibundes in ihren Wirkungen vollkommen falsch beurteilt hat.

Mit diesen drei Mächten anzubinden wird man in Deutschland sich wohl hüten. Denn das Frankreich von heute ist nicht mehr das Frankreich von 1870, das durch die Umstände und durch diplomatische Künste gezwungen wurde, gerade in dem Moment loszuschlagen, als sein Heerwesen in Verfall geraten war.

Die Sprache der beiden englischen Politiker wird in Berlin an vielen Stellen sehr schmerzlich berühren und mit dem stereotypen diplomatischen Lächeln kommt man darüber nicht hinweg. Die Berliner Diplomatie muß ihre Mißerfolge so vor aller Welt konstatiert sehen und wird mit großen Worten, wie man sie von ihrem Leiter gewohnt ist, ganz gewiß in diesem Moment ihren Gegnern keinen besonderen Respekt einflößen können.

Was sich aber hier vollzogen hat, liegt nicht an der Diplomatie allein; es liegt viel tiefer und hängt mit der ganzen historischen Entwicklung Europas zusammen.

Daß das offizielle Deutschland, genannt Deutsches Reich, in den 35 Jahren seines Bestandes sich keine aufrichtigen Freunde hat erwerben können, liegt gewiß nicht an dem deutschen Volke. Unser Volk ist friedliebend. Die Redensart von den „kriegerischen Völkern“ stammt von unwissenden Leuten, die unsere Zeit vom finsteren Altertum und Mittelalter nicht unterscheiden können. Alle Völker sind friedliebend und hassen sich nicht; beim Kriege müssen sie erst durch eine „nationale“ Hetze in künstliche Erregung gebracht werden, wozu man bekanntlich schon die bedenklichsten Mittel angewandt hat. Die Völker von England, Frankreich, Italien, Deutschland und Rußland würden niemals Krieg mit einander führen, wenn sie vorher befragt würden und die Entscheidung in ihren Händen läge.

Die Abneigung und das Mißtrauen gegen das Deutsche Reich gelten aber auch nicht dem deutschen Volke. Das Volk kommt mit dem offiziellen Ausland gar nicht in Berührung. Zwischen dieses und das deutsche Volk drängt sich die preußisch-deutsche Junkerkaste, und diese ist es, welche dem Ausland einen so irrigen Begriff von Deutschland beibringt. Wir selbst bekämpfen ja diese Kaste aufs schärfste, weil ihr Druck uns unerträglich ist. Anderwärts kann man kaum begreifen, wie sich dies Stück Mittelalter in Deutschland hat erhalten können. Diese Kaste ist es, die dem Deutschen Reiche das Mißtrauen oder, besser gesagt, den Haß der anderen Nationen einträgt. Die sprichwörtliche Anmaßung dieses Junkertums, sein „eingefrorener Dünkel“, sein gespreiztes Wesen, sein Mangel tieferer Bildung, seine mittelalterliche Anschauungsweise ist auch den herrschenden Klassen anderer Länder widerwärtig, nicht nur den Völkern. Natürlich gibt es beachtenswerte Ausnahmen; auf seinem durchschnittlichen Niveau aber erscheint dies Junkertum als eine Mischung von Raufboldentum und Degeneration. Dem Ausland gegenüber spielt sich das Junkertum als die in Deutschland herrschende Klasse auf; daher die allseitige Abneigung gegen das Deutsche Reich.

Es gibt nur ein Element, das dumm genug ist, in dieser Kaste ein Ideal zu erblicken und sie nachzuäffen; das ist das deutsche Spießbürgertum, groß und klein.

Das konstitutionelle England und das republikanische Frankreich erschienen dieser Kaste von jeher als ihre natürlichen Feinde und der Haß gegen diese beiden Nationen hat sich in Bismarcks Politik deutlich genug ausgeprägt. Durch Bismarck wurde die schon versinkende Kaste, nachdem der Liberalismus geprellt und unschädlich gemacht war, wieder zur Macht emporgehoben und beherrscht nun im Bunde mit den Zentrums-Jesuiten die innere und äußere Politik des Deutschen Reiches, das sie zum Objekt ihrer agrarischen Beutezüge gemacht hat. Je mehr sich England, Frankreich und Italien mit ihren konstitutionellen und demokratischen Einrichtungen von diesem Junkertum abgestoßen fühlen mußten, desto mehr mußte sich dieses von dem zarischen Rußland angezogen fühlen, wo es seine Ideale so vielfach verwirklicht sah. In der Tat ist die politische Entwicklung Europas auch dahin gegangen, daß sich die mehr konstitutionellen und demokratischen Staaten des Westens zusammengeschlossen gegen den östlichen Bund des Junkertums und der Kosaken. Die „Freundschaft“ zwischen Frankreich und Rußland ist heute abgetan; nur das Interesse der französischen Bourgeoisie an den Milliarden, die sie dem Zarentum vorgestreckt, hat den völligen Zusammenbruch der russisch-französischen Allianz verhindert.

Aber die Weltgeschichte hat dem deutsch-preußischen Junkertum einen bösen Streich gespielt. Während es im engen Bunde mit dem russischen Koloß eine weltbeherrschende Stellung sich zu sichern glaubte, bricht dieser Koloß plötzlich zusammen und ein demokratisches oder vorläufig mindestens konstitutionelles Rußland tut sich im Osten auf.

Diese Wendung der Dinge muß allerwärts die Völker anspornen und ermutigen, daß sie die Leitung und Entscheidung auch in der äußeren Politik selbst in die Hände zu bekommen trachten. Wenn auch zünftige Diplomatie sich heute noch spöttisch darüber äußert: der Gedanke ist einmal da und er wird nicht sterben, bis er verwirklicht ist.

Die Revolution in Rußland.

Durch eine Verkettung von unglücklichen Umständen ist ein Telegramm, das schon am 24. Dezember von Petersburg aus über Stockholm an den „Vorwärts“ abgesandt wurde, diesem erst jetzt zugegangen. Es enthält folgenden

Aufruf!

Das russische Proletariat, das sich zur Verteidigung der kaum eroberten und bereits bedrohten und zum Teil vernichteten politischen Freiheit erhoben hat, wendet sich an die Arbeiter und alle freien Bürger Europas und der neuen Welten. Das System des Selbstherrschertums haben wir wohl gestürzt, allein die Regierungsgewalt ist noch in den Händen der alten Machthaber, die, um der politischen und finanziellen Abrechnung zu entgehen, die sie dem Volke schulden, eine soziale Anarchie erzeugen. Wir kämpfen für eine konstituierende Versammlung auf Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, die allein im stande ist, das Reich in die Bahnen einer geregelten politischen Entwicklung zu leiten. Wir geben dies durch die Vermittlung der uns befreundeten deutschen Sozialdemokratie der zivilisierten Welt bekannt und erwarten Unterstützung in unserem Kampfe, der nicht nur ein Kampf um die Freiheit des russischen Volkes, sondern ein Kampf um die kulturelle Entwicklung der ganzen Welt ist.

Das Exekutivkomitee
des Delegiertenrates der Petersburger Arbeiter.

* * *

Die Ostseeprovinzen.

Die „Nowoje Wremja“ meldet aus Mitau: Viele Lettenführer sind im Kampfe mit den Truppen umgekommen. Die aufständischen Komitees haben alle Privilegien auf und ließen vorläufig noch das Eigentumsrecht bestehen, konfiszierten aber die Güter und führten eine Einkommensteuer und die Zivilehe ein. Die Komitees haben eine eigene Post und sind mit dem ganzen Lande telephonisch verbunden.

Der Generalgouverneur Sollohub übertrug seine Vollmachten in den Kreisen Werro und Walk dem General Orlow, in den Kreisen Dorpat und Fellin dem General Klotschenko, in der Stadt Riga und in dem übrigen Teil Livlands dem Gouverneur Sweginzow.

Aus Libau wird der „Nowoje Wremja“ gedrahtet, daß das vereinigte sozialdemokratische Komitee den Börsenausschuß und die Stadtduma aufgefordert habe, die für den Unterhalt der darbenden Arbeiter nötigen Summen anzuweisen, widrigenfalls die Fabriken demoliert und eingeäschert werden würden.

Zehn Kilometer von Wenden in Livland brennt der Landsitz des Oberhofmeisters Grafen Sievers. Die dorthin entsandte Kosakenabteilung mußte unverrichteter Sache zurückkehren, weil ihr eine nach Tausenden zählende bewaffnete Bande im Walde den Weg verlegte.

Dem „Tag“ wird aus Riga gemeldet: Als die Arbeiter und Frauen, die in der Fabrik Prowodnik eingeschlossen waren, ihre Freilassung verlangten, um Nahrung einnehmen zu können, erklärte der Wachkommandeur Oberst Meydel, sie sollten binnen 5 Minuten die Mörder nennen, sonst würde er schießen lassen. Die Arbeiter weigerten sich, dieser Aufforderung nachzukommen. Meydel befahl nun, Kanonenschüsse in den Fabriksaal abzugeben. Das geschah, und über 100 Arbeiter wurden getötet. Nun brach eine furchtbare Panik aus, die Arbeiter suchten zu fliehen, wurden aber von den Soldaten mit Schüssen zurückgejagt. Wieder gab es viele Tote. Darauf wurden drei Mörder ausgeliefert. Jetzt ließ Oberst Meydel die Weiber, nachdem sie auf Waffen untersucht worden waren, ziehen. Die Männer lieferten später noch vierzig Delegierte aus, welche gesetzmäßig die Interessen der Arbeiter zu vertreten hatten, und wurden darauf gleichfalls freigelassen. Die Delegierten blieben in Haft. Sie müssen bis Donnerstag, früh 10 Uhr, die Mörder nennen, sonst werden sie sämtlich gehängt.

Um welche „Mörder“ es sich handelt, wird vorsichtig verschwiegen. Der am letzten Freitag von Riga ausgelaufene Dampfer „Wolga“ hat insgesamt 1047 Personen heimgeschafft, und zwar 803 Reichsdeutsche, unter diesen 614 Arbeiter, ferner 38 Oesterreicher beziehungsweise Ungarn, 20 Italiener, 25 Schweizer, 4 Engländer, 2 Franzosen, 2 Belgier, 10 Dänen, 1 Schweden, 5 Türken, 3 Rumänen, 6 Amerikaner und 128 russische Balten. — Von den in Königsberg eingetroffenen 228 Flüchtlingen — nicht 224, wie in der früheren Meldung aus Pillau angegeben —, waren 61 Ausländer. 185 waren unterstützungsbedürftig, von ihnen wurden 120 in Pillau und 65 in Königsberg untergebracht. Die Flüchtlinge gehören überwiegend dem Arbeiter- und Handwerkerstand an. Nach Auskunft des Kapitäns der „Wolga“ sind vorläufig alle Personen, die flüchten wollten, aus Riga fortgeschafft. Die „Wolga“ wird voraussichtlich eine Fahrt nach Reval machen und auf der Rückfahrt Libau und Pernau anlaufen.

* * *

Odessa.

In Odessa wurde eine Gruppe Anarchisten verhaftet, welche verdächtig ist, in letzter Zeit Bomben geworfen zu haben.

Die „Köln. Ztg.“ erhält eine Zuschrift aus Odessa, in der es heißt: Es sind nun zwei Monate seit den letzten Unruhen verflossen, und doch hat sich die Bevölkerung noch nicht beruhigt, im Gegenteil, wir hatten wieder recht aufregende Tage. Die erste Zeit nach den Oktoberunruhen kamen täglich Ueberfälle von Soldaten und Gesindel auf einzelne Personen in den Straßen vor, namentlich des Abends, so daß die Straßen bereits um sieben Uhr menschenleer waren. Die Spuren der letzten Unruhen sind in der inneren Stadt vollständig verwischt, in den Vororten dagegen sieht man noch leerstehende Häuser mit zerschlagenen Fenstern, Türen und zerstörten Wohnungen. Es hatten sich mehrere Hülfskomitees gebildet, um die schwer geschädigte jüdische Bevölkerung zu unterstützen. Auch aus dem Auslande sind namhafte Summen eingelaufen; leider sind die Spenden nicht dazu verwandt worden, wofür sie bestimmt sind; sicher ein Viertel der Gelder ist zur Bewaffnung der Mitglieder des sozialistisch-revolutionären Vereins „Bund“ und auch zur Anfertigung von Bomben verwandt worden.

Wir meinen, daß das Geld gar nicht zweckmäßiger verwendet werden konnte, als zur Bewaffnung, zum Selbstschutz gegen die „Schwarzen Banden“.

* * *

Im Kaukasusgebiet.

Offizielle Nachrichten sind nicht vorhanden. Die Petersburger Verwaltung der Wladikawkas-Bahn ist seit zehn Tagen ohne Bericht. Dadurch erfährt die Blättermeldung, wonach die Bahn in den Händen der Aufständischen sei, eine indirekte Bestätigung. Nach einer Privatmeldung aus Odessa ist auch die Hafenstadt Noworossisk von Revolutionären besetzt. Die Regierungsgewalt wird dort von den Revolutionären ausgeübt. Der Gouverneur ist abgereist. Ein republikanischer Bürgermeister, namens Leibowitsch, ist eingesetzt worden. Matrosen der Handelsmarine weigern sich, von Odessa und Sebastopol Truppen nach dem Kaukasus zu befördern. Privatpassagiere, die im Kaukasus eintreffen, werden von den Revolutionären mit Hülfe gekaperter Schiffe abgeschoben.

* * *

Die Pfaffen als Helfer der Gegenrevolution.

Der Heilige Synod ordnete an, die Geistlichen, welche während der Unruhen die Regierungsmaßnahmen ihren Gemeindemitgliedern gegenüber in gesetzwidriger Weise beleuchteten, aus dem Amte zu entfernen und gerichtlich zu verfolgen. Nach Moskauer Meldungen ist festgestellt worden, daß sich einige Geistliche an der revolutionären Bewegung der Fabrik- und Bahnarbeiter direkt beteiligt haben.

Als ein zeitgeschichtliches Dokument für die frömmelnde Blutgier und Zerstörungswut, die in Rußland auf die ungebildeten Klassen mit wahnwitziger Verhetzung wirkt, kann ein Flugblatt gegen die Polen und Juden gelten, das in Kiew und Umgegend in den beiden letzten Monaten in Tausenden von Exemplaren verbreitet wurde:

Im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Der große Heilige des Kiew-Petscherrer-Klosters befiehlt, dem Volke mitzuteilen, daß der heilige Wladimir, der Rußland getauft hat, aus seinem Grabe aufstehe jede Nacht, die Heiligen des Klosters wecke und mit ihnen unsere von den Polen und Juden beschimpfte Heimat beweint. Mein Gott, so ist jene Glanzzeit hin, da die mächtigen Heere der fremden Stämme (Andersgläubige) zurückgeschlagen wurden! Schimpf und Schande den Nachkommen des heiligen Wladimir, die sich vor einem Häufchen feiger Juden und einer von diesen angenommenen Bande Studentenbengels fürchten! So wisse denn jeder, dem der russische Name noch teuer ist, daß die Juden und Polen nach unserem Blute dürsten, daß sie uns gegenseitig aufhetzen wollen, um auf unseren Leichnamen zum Throne zu gelangen und den Kaiser niederzuwerfen. Wisse denn, wenn dieses geschieht, so ist es zu Ende mit unserer Mutter Heimat, in Stücke wird sie gerissen von den Polen, Juden, Armeniern und anderen Bösen. Im Namen der Petscherrer Heiligen hat der große Heilige folgende vier Sätze zu erfüllen geboten: 1. Alle sollen sich in ihrer freien Zeit in den Kirchengemäuern versammeln zur Beratung, wie man seine Heimat vor den Juden und Polen verteidigen könnte. 2. Juden und Polen nicht töten, sondern nur die von ihnen gesandten Aufrührer jeden nach seiner Art und Weise (seinem Gerichte) abfertigen. 3. Mit den Juden nichts zu tun haben und nichts bei ihnen kaufen. 4. Jeder, der so ein Blatt in die Hand bekommt, ist verpflichtet, nicht weniger als drei Kopien zu schreiben und eine davon in eine andere Stadt oder ein Dorf zu schicken, und ist verpflichtet, dieses Schreiben anderen Menschen vorzulesen. Derjenige, der das alles in sechs Tagen nicht erfüllt, wird von schweren Krankheiten und Unglück (!) belastet. Wer aber mehr als drei solcher Schriften verschickt oder verteilt, wird von einer alten Krankheit befreit und er wird in allem Glück haben. Am Sonntag wird sich viel Volk versammeln in der Laura-Sophia-Kirche, Michailow- und Bruderklöstern, und von hier aus wird ein Aufruf an die Russen erlassen wegen ihrer Vereinigung gegen die Juden und Polen. Amen!

* * *

Die Arbeiter schaffen sich Waffen.

Der Korrespondent des „Evening Standard“ und der „St. James Gazette“ schreibt seinem Blatte, daß die russischen Fabrikarbeiter der von Sheffield aus dirigierten Fabrik von Cammel u. Co. trotz des Protestes der Fabrikanten fortfahren, Stahlstangen durch Schleifen in kurze Schwerter und Dolche umzugestalten. Er versichert, daß die Arbeiter in anderen Eisen- und Stahlfabriken in ähnlicher Weise tätig sind. Fabrikanten, die energisch gegen dieses Verfahren protestierten, erhielten von den Arbeitern die Antwort, daß die Fabriken als Eigentum der Arbeiter erklärt werden würden.

* * *

Die dänische Regierung als Gehülfin des Zarismus.

Die dänische Regierung bemüht sich fortdauernd, die Lieferung von Waffen nach Finland zu erschweren. Dieser Tage kam aus Amerika ein Dampfer von „Det forenede Dampskibsselskab“ in Kopenhagen an, der unter anderem 1000 Revolver an Bord hatte, die nach Helsingfors versandt werden sollten. Sie wurden aber auf höheren Befehl sofort nach dem vor dem Hafen liegenden Inselfort „Trekroner“ gebracht. Hier werden sie wohl einige Zeit lagern, bis sie, wie das in einem ähnlichen Fall vor ungefähr einem Monat geschah, wiederum freigegeben werden. — Offenbar ist diesmal die genannte dänische Dampfschiffsgesellschaft so freundlich gewesen, die Behörden sogleich von der verdächtigen Ladung zu unterrichten.

Von der Weltbühne.

Kosakenpolitik gegen die Sozialdemokratie verlangen zum so und so vielten Mal die freiwilligen Kosaken der „Hamburger Nachrichten“. Sie jubeln darüber, daß es dem Zaren geglückt sei, die Revolution niederzuwerfen — was man wünscht, das glaubt man ja! — und fordern, daß nun auch die deutsche Regierung Vorkehrungen gegen die Revolution treffe. Die Kosaken finden, „daß es notwendig ist, dem Eintritt dieses Falles wegen seiner schweren Folgen tunlichst vorzubeugen. Dazu aber reichen natürlich die vorhandenen Machtmittel des Staates, weil sie nur der Repression, nicht aber der Prävention dienen, nicht aus. Es muß vielmehr etwas geschehen, was die Organisation der Sozialdemokratie zerstört und ihre noch weitere Ausbreitung verhindert; denn wir sind nicht sicher, daß, wenn dies nicht geschieht und die deutsche Sozialdemokratie noch immer mehr Stimmenzuwachs erhält, auch ihre Bemühungen um die sozialistische Verseuchung unserer Wehrpflichtigen ungestört fortsetzen darf, die Revolutionspartei schließlich doch nicht durch Machtkitzel und eigenes Schwergewicht dazu fortgerissen wird, den Umsturz der bestehenden Verhältnisse auf diesem oder jenem Wege wenigstens zu versuchen. Vor allen Dingen erwarten wir, daß die Lücken endlich ausgefüllt werden, welche unsere Gesetzgebung hinsichtlich der Strafverfolgung von öffentlicher Aufforderung zu revolutionären Unternehmen und hinsichtlich der Verherrlichung gemeiner Verbrechen, wenn sie politischen Zwecken dienen, aufweist. Nicht minder notwendig ist es, Vorsorge zu treffen, daß die deutsche Sozialdemokratie noch länger in der Lage bleibt, den Revolutionären in einem benachbarten und befreundeten Staate Hülfe zu leisten und für sie öffentlich Geldsammlungen zu veranstalten, und endlich muß die Strafverfolgung von Verbrechen, die vom deutschen Boden aus gegen benachbarte Staaten und deren Oberhäupter unternommen oder versucht werden, sichergestellt werden, einerlei, ob dies durch Streichung der Gegenseitigkeitsklausel in unserem Strafgesetzbuch oder durch Herbeiführung der Gegenseitigkeit geschieht. Die Vorgänge in Rußland haben bewiesen, wie dringend notwendig es ist, die Unterstützung einer revolutionären Bewegung vom Auslande her zu inhibieren, und wie sehr die europäischen Staaten auf Solidarität in dieser Beizehung angewiesen sind.“

In dem Vorschlag der „Hamb. Nachr.“ vermissen wir den Hinweis, was mit dem konfiszierten, aus Geldsammlungen für revolutionäre Zwecke stammenden Gelde zu geschehen hat. Indessen finden die Leute der „Hamb. Nachr.“ es wohl selbstverständlich, daß diese Summen zu Dotationen für hervorragende Scharfmachergesellen bestimmt werden. So könnte die Lust und Liebe zur Kosakentätigkeit, die durch fortwährende Anfechtungen durch profane Gerichtsvollzieher natürlich leiden muß, bedeutend gefördert werden.

Im übrigen zweifeln wir nicht, daß in gewissen oberen Regionen sehr gern die „Klinke der Gesetzgebung“ in Bewegung gesetzt würde, wenn nur Aussicht auf Erfolg wäre. Aber die Entwicklung des Kapitalismus hat eben auch der Arbeiterklasse Waffen in die Hand gegeben, gegen die die ultima ratio, die Kanonen, versagt. Das weiß man in jenen Kreisen sehr gut.

Das deutsche Weißbuch über die Marokko-Angelegenheit ist soeben erschienen. Es ist 42 Seiten stark und enthält 27 Nummern. Das Wolffsche Bureau übermittelt telegraphisch folgendes:

Das erste amtliche Schriftstück ist der Bericht des deutschen Konsuls in Fez über die Mandatsfrage. In einer Unterredung am 21. Februar 1905 erklärte der Konsul dem Sultan auf die Frage, ob Frankreich sich auf ein europäisches Mandat berufen könne, deutscherseits sei ein solches Mandat nicht erteilt worden. Der Sultan sprach seine Freude darüber aus, daß Deutschland sich der französischen Aktion nicht angeschlossen habe. Am 21. April berichtet der Konsul über den Eindruck der von Delcassé am 31. März im französischen Senat abgegebenen Erklärung. Der Sultan zeigte sich besonders über die Behauptung aufgebracht, die marokkanische Regierung habe die Ratschläge Frankreichs erbeten und nach ihrer Erteilung erklärt, sie befolgen zu wollen. Er bezeichnete diese Behauptung als eine Unwahrheit. Der Sultan wiederholte, Taillandier habe sich auf ein europäisches Mandat berufen. Am 15. Mai meldete Graf v. Tattenbach, der Sultan erkläre, er habe den Franzosen nicht das geringste Zugeständnis gemacht, sondern die Ankunft des Grafen Tattenbach abgewartet, um die Verhältnisse eingehend zu besprechen. Am 17. Mai meldet Graf Tattenbach, unmittelbar nach seiner Ankunft habe der französische Gesandte im Auftrage Delcassés erklärt, die französische Regierung werde es als eine Beeinträchtigung ihrer Interessen ansehen, wenn die Reformvorschläge den Signatarmächten zur Kenntnisnahme und Aeußerung unterbreitet würden. — Der Erlaß des Reichskanzlers an den Botschafter in Paris vom 22. Mai faßt den Inhalt und den Eindruck dieser Meldungen dahin zusammen, die Vertreter Frankreichs wollen ohne weiteres Beschlag auf Marokko legen und dem Sultan den Verkehr mit den übrigen Vertragsstaaten verbieten. Eine Reihe weiterer Schriftstücke bezieht sich auf die Unterlassung der Mitteilung des englisch-französischen Abkommens. Ein an mehrere Missionen gerichteter Erlaß des Reichskanzlers vom 12. April besagt: Es ist falsch, daß das französisch-englische Abkommen der deutschen Regierung zur Kenntnis gebracht sein soll. Delcassé habe dem deutschen Botschafter mehrfach Andeutungen allgemeiner Art gemacht, ihn jedoch auf die Frage über den Inhalt des Abkommens auf das Gelbbuch verwiesen. Am 14. April bemerkte Delcassé in einem Gespräch mit dem Fürsten Radolin spontan, die vertrauliche Unterhaltung im Sommer 1904 sollte keineswegs den Charakter einer amtlichen Kommunikation haben. Der Botschafter erwiderte, er nähme gern Akt von dieser seiner Erklärung, denn zu seinem höchsten Erstaunen hätte die Pariser offiziöse Presse die Tatsache verdreht und ein amtliches Communiqué aus einem gelegentlichen Gespräch herauskonstruieren wollen, was er nicht ohne weiteres hinnehmen könnte. Dies bestätigte Herr Delcassé. Zur Motivierung der unterlassenen amtlichen Mitteilung des Abkommens führte Delcassé an, es sei in London abgeschlossen und dort zu gleicher Zeit veröffentlicht worden. Der Gedanke sei ihm nicht gekommen, der kaiserlichen Regierung dieses Schriftstück mitzuteilen, das sofort der Oeffentlichkeit übergeben worden sei. Dagegen habe er den spanisch-französischen Vertrag in Paris unterzeichnet und ihn vor der Veröffentlichung dem Freiherrn v. Richthofen durch Bihourd mitteilen lassen. Delcassé fuhr fort, er habe geglaubt, durch die Mitteilung dieses aus dem englisch-französischen Abkommen entspringenden Vertrages für alles gesorgt zu haben. Der Erlaß des Reichskanzlers nach Paris vom 1. Mai erklärt: Für Eröffnungen von solcher Wichtigkeit sei die schriftliche Form durch den diplomatischen Gebrauch konsekriert. Weder die bisherigen ungenügenden Mitteilungen Delcassés noch auch die Veröffentlichung im „Journal officiel“ konnten direkte Mitteilungen ersetzen. Die amtlich französische Veröffentlichung stelle die unbefragten Mitinteressenten einfach vor vollendete Tatsachen. Rouvier erkannte den deutschen Standpunkt in seinem Exposé vom 21. Juni, welchem er das Marokkoabkommen beifügte, an.

Zentrum und Steuervorlagen. Auf dem Parteitag der Zentrumspartei für Hessen-Nassau gab der Abg. Trimborn die Stellung des Zentrums zu den Steuervorlagen kund. Danach wäre das Zentrum gegen eine Erhöhung der Tabaksteuer, ausgenommen Zigaretten und feine Zigarren, gegen eine Quittungssteuer, gegen eine Fahrkartensteuer, ausgenommen bei Karten erster und zweiter Klasse, gegen eine Erbschaftssteuer auf Erbschaften bis M. 150 000 und gegen ein Maximum der Matrikularbeiträge.

Ob die guten Vorsätze bis zum Schlusse vorhalten werden?

Gegen den Tabaksteuergesetzentwurf erhebt die „Köln. Volksztg.“ immer schwerere Bedenken. Sie weist nach, daß die unvermeidliche Folge der neuen Vorlage eine Verschiebung der Fabrikation der billigeren Zigarrensorten nach Süddeutschland sein würde. Damit wäre aber der nord- und mitteldeutschen Tabakindustrie, welche noch mehr oder weniger unter den Folgen des Gesetzes von 1879 leidet, wenn nicht der Todesstoß versetzt, dann doch eine sehr schwere Wunde beigebracht. In Konsequenz davon müßten zahlreiche Arbeiterentlassungen stattfinden.

„Eine solche Erschütterung der Tabakfabrikation wäre sozial um so bedauerlicher, als die Zigarrenfabrikation (neben der Korkfabrikation) einer der wenigen Industriezweige ist, die zu einer Verpflanzung auf das platte Land geeignet sind. Viele Zigarrenarbeiter (z. T. Heimarbeiter) im Oldenburger Münsterlande, Westfalen usw. haben einen kleineren landwirtschaftlichen Betrieb, den sie mit Hülfe von Frau und Kindern führen und dem sie sich dank tunlichstem Entgegenkommen ihrer Arbeitgeber in der Bestellungs- und Erntezeit selbst widmen. Diese Verbindung zwischen Industrie und Landwirtschaft darf als eine segensreiche betrachtet werden, sie ist vorteilhaft nach beiden Seiten. Eine weitere glückliche soziale Erscheinung, die auf dem Gebiete der Zigarrenfabrikation beobachtet wird, besteht darin, daß es wohl in keiner anderen Industrie dem Arbeiter so leicht wird, sich selbständig zu machen. Der Zigarrenarbeiter versucht es nämlich nicht selten mit gutem Erfolge, die selbst angefertigten Zigarren mit einem mäßigen Nutzen zu verkaufen und dann allmählich unter glücklichen Umständen seinen Betrieb zu vergrößern. Je höher aber der Zoll, desto größer das erforderliche Betriebskapital und desto steiler der Weg, der zum selbständigen Mittelstande führt.“

Zum Schlusse heißt es in dem Artikel: „Erscheint hiernach der wesentliche Teil des Gesetzentwurfes, die Erhöhung des Zolles auf den Auslandstabak, nicht annehmbar, so fällt damit zugleich der andere Teil des Entwurfes, der die entsprechende Erhöhung der Inlandssteuer enthält. Ob es sich dann noch lohnen wird, den Zoll auf ausländische Tabakfabrikate, welcher der inländischen Fabrikation jedenfalls nicht schaden kann, zu erhöhen, ist eine Frage, die vorläufig kein erhebliches Interesse bietet. So schwer es auch dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes werden mag, er wird sich u. E. damit abfinden müssen, daß in Deutschland vom Tabak kein Geld mehr zu holen ist. Es bliebe freilich noch der Gedanke an solche Zollzuschläge übrig, welche nur die hochwertigen Tabake träfen. Aber die praktischen Schwierigkeiten, welche einem Wertzolle entgegenstehen, werden schwerlich überwunden werden können.“

Danach scheinen sich diejenigen Herren aus der Zentrumspartei, die einer Tabakwertsteuer das Wort geredet haben, nunmehr auch davon überzeugt zu haben, daß dieser Steuermodus undurchführbar ist.

Eine auf Veranlassung des deutschen Tabakvereins am Sonnabend in Köln stattgehabte Versammlung von Tabakinteressenten nahm Stellung gegen die projektierte Erhöhung der Tabaksteuer. Nach einem eingehenden Referat des Syndikus Schloßmacher wurde eine Resolution angenommen, worin die zuversichtliche Hoffnung ausgesprochen wird, daß der Reichstag der Vorlage seine verfassungsmäßige Zustimmung versagen würde.

Der hannoversche Städtetag, der am Sonnabend in der Stadt Hannover tagte und von 47 selbstständigen Stadtgemeinden der Provinz beschickt war, sprach sich einmütig für die Abwehr und für Widerstandsmaßregeln aller hannoverschen Städte gegen das die historische Selbständigkeit der Stadtgemeinden ernstlich bedrohende preußische Schulgesetz aus und beschloß, zur Abwendung des Staatseingriffes in die unveräußerlichen Freiheitsrechte der Städte eine dringliche Einspruchseingabe sämtlicher Städte an den Landtag und die Staatsregierung.

In seinem Referat machte Oberbürgermeister Struckmann-Hildesheim u. a. folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Die Schulgesetzfrage sei in Preußen schon seit einem Jahrhundert im Gange, habe aber niemals